

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Fraktion DIE LINKE im Kreistag der Wetterau möchte Sie mit diesem Heft über ihre Arbeit in der vergangenen Wahlperiode informieren.

Wir müssen uns auf einige Schwerpunkte beschränken, denn wir können hier nicht alles darstellen, was uns beschäftigt hat. Wichtig waren uns z.B. auch Themen wie Flüchtlingshilfe, Solidarität mit den streikenden Erzieherinnen oder die Kreisfinanzen – um nur einiges zu nennen, was in diesem Heft fehlt.

Zwei linke Abgeordnete wurden 2011 in den Kreistag gewählt: Gabi Faulhaber und Rudi Kreich. Natürlich kann man mit zwei Abgeordneten nicht die Kreispolitik verändern.

Wir haben aber versucht, eine spürbare Opposition zu sein.

Mit unseren kritischen Anfragen und mit vielen Anträgen haben wir geschafft, dass sich der Kreistag auch mit Themen befassen musste, die ansonsten niemals diskutiert worden wären.

Manchmal wurde dann auch in der Regionalpresse darüber berichtet.

Leider waren wir die einzige Oppositionspartei im Kreistag.

Dennoch konnten wir Abgeordnete anderer Parteien manchmal zum Nachdenken bringen. Ab und zu haben wir sie dazu verleitet, nicht für die neoliberale Politik zu stimmen, die von der Koalition aus SPD, Grünen und FDP aber auch von CDU und Freien Wählern üblicherweise durchgesetzt wurde.

So ein Kreistag ist nicht direkt vergnügungssteuerpflichtig. Oft zählen nicht die Argumente, sondern die Parteiräson. Zu Beginn der Wahlperiode mussten wir sogar vor dem Verwaltungsgericht klagen, damit unsere Anträge auf die Tagesordnung des Kreistags genommen wurden.

Wir sind nicht der Meinung, dass man die Gesellschaft mit Parlamentsarbeit verändern kann. Dazu bedarf es einer breiten außerparlamentarischen Bewegung und einer couragierten Zivilgesellschaft. Wir haben jedoch alle außerparlamentarischen Vorschläge, die an uns herangetragen wurden und die die Lebensverhältnisse der Mehrheit der Bevölkerung verbessern könnten, ins Parlament getragen. Gerne sind wir Sprachrohr einer aktiven außerparlamentarischen Bewegung. Leider gibt es diese noch nicht in ausreichendem Maße.

Zu unserem Selbstverständnis gehört, dass Politik transparent sein muss. Die Wählerinnen und Wähler haben uns in den Kreistag gewählt. Sie haben auch das Recht, unsere Arbeit kritisch zu begleiten. Wir haben daher viel Mühe auf die Dokumentation verwendet. Auf der Homepage *DIE LINKE. Wetterau* kann sich jede Bürgerin, jeder Bürger informieren. Wer möchte, bekommt nach jeder Kreistagssitzung einen Bericht per e-mail zugeschickt. Außerdem erhält ein Viertel aller Haushalte des Wetteraukreises zweimal jährlich die Zeitung unserer Fraktion.

Wer Anregungen, Kritik oder Ideen hat, kann uns gerne ansprechen. Sie finden die Kontaktdaten im Impressum.

Eine interessante Lektüre wünschen

Gabi Faulhaber

Rudi Kreich

Inhalt

Transparente Politik:

Homepage
Liste der Anträge
Liste der Anfragen
Post aus dem Kreistag
Zeitung der Kreistagsfraktion

Arbeitsschwerpunkte:

Sozialpolitik
Wohnen
Haushaltssanierung zu Lasten des Sozialtats
Inklusion
Schülertransport
Kinderschutz
Umwelt

Fraktion vor Ort



Foto: Blockupy - Frankfurt 2015

Transparente Politik

Sie finden Anträge, Anfragen, Reden und Berichte zur Kreistagsarbeit der Linken auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de

In der Wahlperiode von 2011 bis August 2015 haben wir 59 Anträge und 46 Anfragen gestellt. Ohne Übertreibung können wir sagen: keine andere Fraktion hat ähnlich viele Themen eingebracht. Aus Ideenmangel wurden sogar unsere Anträge geklaut: Acht Anträge stellte die CDU als eigene Änderungsanträge, indem sie geringfügige Veränderungen vornahm.

Eine kleine Fraktion wie unsere, kann sich nicht mit allen Themen eingehend befassen. Deshalb mussten wir uns Schwerpunkte setzen. Vor allem beschäftigten wir uns mit Sozialpolitik und Wohnungspolitik. Beides sind Themen, die ohne uns im Kreistag nicht vorgekommen wären.

Hier eine

Liste unserer Anfragen bis Dezember 2015

Wenn wir eine Antwort erhalten haben, finden sie diese unter dem Anfragetext auf der Homepage.

Wie sehen die neuen Mietobergrenzen aus und wer war bei der Beschlussfassung einbezogen?
Kostenaufstellung für die Schülerbeförderung - Wetteraukreis und Land Hessen
Wie setzt der Wetteraukreis die Verordnung des Landes Hessen um, mit der die Angemessenheitsgrenzen bei der Quadratmeterzahl für kleine Wohnungen erhöht wurden?
Wie wurde die Schülerbeförderung nach dem Kreistagsbeschluss mit der VGO geregelt?
Wie viel Geld kostete der Neujahrsempfang 2015, den der Wetteraukreis ausrichtete?
Wie geriet unser Antrag zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg in die Hände des ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe)?
Wie ist der aktuelle Stand der Schulsozialarbeit im Wetteraukreis?
Wie viele Mietminderungsverfahren wurden vom Jobcenter Wetterau seit Juli 2014 eingeleitet? Wie hoch sind die Einsparungen für den Wetteraukreis?
Verschleif der Sozialdezernent die Fortsetzung des Xenos-Programms?
Anfrage zum Klimaschutzbericht 2013 des Wetteraukreises
Welches Material verbaut der Wetteraukreis bei Passivhäusern?
Welche Veränderungen gibt es nach der Übernahme der Betreuung der ambulanten Pflegeeltern durch das „Projekt Petra“?
Der Kreistag beschloss 2013 einen Antrag der Linken, dass mit der nassauischen Heimstätte über den Bau von Sozialwohnungen in der Wetterau verhandelt wird. Was ist bei den Verhandlungen herausgekommen?
Sozialausschuss Mai 2014: Fragen an den Leiter des Jobcenters. Wichtigste Frage: Warum werden Mietbescheinigungen verlangt, obwohl sie gegen den Datenschutz verstoßen?

Anfrage zum Haushaltsentwurf 2014/2015
Anfrage zum Ausbaustand regenerativer Energien im Wetteraukreis
Anfrage an das Jobcenter Wetterau zum aktuellen Stand der Hilfebedürftigkeit
Anfrage zur Belegung und Perspektive des Jugendgästehauses „Hubertus“
Landrat in Spendierlaune? Woher kommt das Geld, das Landrat Arnold öffentlichkeitswirksam an Einrichtungen und zur Sanierung des Groß-Karbener Schlosses überreichte?
Welche Möglichkeiten haben Bürgerinnen und Bürger, sich an Projekten regenerativer Energieerzeugung zu beteiligen?
Gibt es beim Jobcenter Wetterau Sanktionsquoten?
Gesamtbericht zu den Finanzen des Wetteraukreises 2012: Woher kommen die Minderausgaben in Höhe von 31,3 Millionen Euro?
Haben die entlassenen WAUS-Mitarbeiter*innen neue Stellen?
Anfrage zur Sanktionspraxis des Jobcenters und zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets
2. Anfrage: Gibt es einen Nachteilsausgleich für Schüler ausländischer Herkunft im Wetteraukreis?
Anfrage zu den Arbeitsbedingungen im Allgemeinen sozialen Dienst des Wetteraukreises
Anfrage zur Flüchtlingsunterkunft Butzbach
Was ist eine Receiver Swaption?
1. Anfrage: Gibt es einen Nachteilsausgleich für Schüler ausländischer Herkunft?
Anfrage zur Ablehnung einer Flüchtlingsunterkunft in Stockheim
Anfrage zu den Abfallmengen im Wetteraukreis
Leben Hartz4-Leistungsberechtigte in Gemeinschaftsunterkünften?
Wurden nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil die Hilfen zum Lebensunterhalt für Asylsuchende angepasst?
Wer hat die Fach- und Dienstaufsicht bei der Ausländerbehörde des Wetteraukreises?
Wieso ist DIE LINKE schuld an der Liquidierung der WAUS?
Wer haftet für die Verluste der Sparkasse?
Anfrage zu Hilfen bei Stromschulden
Anfrage zur Stiftung der Sparkasse
Wie werden die Betreuer*innen der Ferienspiele bezahlt?
Welche Folgen haben Integrationsprognosen für die Flüchtlinge im Wetteraukreis?
Anfrage zum Bleiberecht für Flüchtlinge
Anfrage an das Jobcenter Wetterau zum aktuellen Stand der Hilfebedürftigkeit
Anfrage zur Abschiebung der Familie Sogamarian
Anfrage zum Personal des Jobcenters Wetterau
Wie viele Menschen benötigen Hilfe zur Miete?
Anfrage zum „Schlüssigen Konzept der Mietobergrenzen“ im Wetteraukreis
Anfrage zur Abschiebep Praxis im Wetteraukreis
In welchem Umfang gibt es Bürgerarbeit im Wetteraukreis?

Liste der Anträge bis Dezember 2015

Resolution an den hessischen Landtag: kostenfreies Schülerticket
Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft
Gewinnausschüttung Sparkasse Oberhessen an den Wetteraukreis
Berichterstattung der Sparkasse Oberhessen an den Kreistag
Einrichtung eines Runden Tisches zur Schülerbeförderung
Sanktionen des Jobcenters Wetterau aussetzen, bis das Bundesverfassungsgericht über die Rechtmäßigkeit entschieden hat
Resolutionsantrag gegen das Freihandelsabkommen TTIP
Gesundheitszentrum Mittelhessen: Einkünfte müssen dem Aufsichtsrat gemeldet werden
Gesundheitszentrum Mittelhessen: Schiedsgerichte ablehnen
Gesundheitszentrum Mittelhessen: Aufsichtsrat des Gesundheitszentrums Wetterau muss bestehen bleiben
Gesundheitszentrum Mittelhessen: Der Status der Gemeinnützigkeit bleibt verbindlich
Gesundheitszentrum Mittelhessen: Wichtige Ziele öffentlicher Gesundheitsversorgung in die Präambel des Konsortialvertrages aufnehmen
Solidarität mit den Beschäftigten der Sozial- und Erziehungsberufe
Noteltern brauchen ausreichende Vergütung
Mehr Sozialarbeit für Flüchtlinge – ein Betreuungsschlüssel von 1:210 ist nicht zumutbar
Wiederbelebung einer „Flüchtlingshilfe Wetterau“ als kreiseigener Betrieb
Keine Mietminderungsverfahren wegen geringfügiger Überschreitung der Mietobergrenze
Jobcenter soll Datenschutz einhalten
DIE LINKE. Beantragt Berichterstattung: Wurde 'Leichte Sprache' in der Kreisverwaltung eingeführt?
Freihandelsabkommen schaden auch der Wetterau
Schülerbeförderung: Kündigung des Vertrags mit der VGO
Erneuter Antrag für einen Hilfsfonds bei Naturkatastrophen
Schülerbeförderung: DIE LINKE beantragt Akteneinsicht
Dringlichkeitsantrag: Alle Kinder fahren Schulbus – wie bisher
Dringlichkeitsantrag: Wetteraukreis soll Soforthilfe leisten und Fonds für Naturkatastrophen einrichten
Koalition will Rechte der Opposition beschneiden: DIE LINKE. will keine Verschlechterung der Geschäftsordnung des Kreistags
Mietbescheinigungen im Wetteraukreis abschaffen
Resolution des Kreistags zur Schmutzkampagne der Jungen Nationaldemokraten
Die Datenbasis für das „Schlüssige Konzept der Mietobergrenzen“ soll an die Fraktionen ausgehändigt werden
Nach Gerichtsbeschluss auf der Tagesordnung: OVAG soll regional investieren

Nach Gerichtsbeschluss auf der Tagesordnung: Beitritt zum Bündnis „Vermögenssteuer jetzt!“
Dringlichkeitsantrag: Schulbusverbindung Büdingen – Konradsdorf jetzt schaffen!
Förderschulen Friedberg und Hirzenhain: Kürzungen beim Essenszuschuss zurücknehmen
Weihnachtsbeihilfe für Hartz4 und Sozialhilfe-Leistungsberechtigte
Strompreise sozial staffeln
Homepage des Wetteraukreises: Transparenz für mehr Bürgerbeteiligung
Abfallsammlung: Wetteraukreis soll seinen Kommunen ein Angebot machen
Wohnungen in der Wetterau bauen
Rücknahme der Kürzungen bei den Noteltern
Einstellung eines Integrationsbeauftragten
Ausländeramt: Landrat soll Dienstaufsicht wahrnehmen
Zweiter Versuch: Wetteraukreis soll Mitglied der Schutzgemeinschaft Vogelsberg bleiben
Erster Versuch: Wetteraukreis soll Mitglied der Schutzgemeinschaft Vogelsberg bleiben
Schutzschirm: Berichts- und Auskunftspflicht auch im Haupt-und Finanzausschuss
Mietobergrenzen anheben
Unser Kreis braucht Geld: 40 Prozent der Sparkassengewinne ausschütten
ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) soll in der Region investieren
Unser Kreis braucht Geld: Vermögenssteuer jetzt!
Jobcenter: Wetteraukreis muss Verantwortung übernehmen
Integration mit Konzept
Kinderpflege: Wer viel verdient, zahlt auch mehr
Leichte Sprache in der Verwaltung
Verkauf der nassauischen Heimstätten verhindern
Wirtschaftsförderung soll nicht von den Kürzungen im Haushalt ausgenommen sein
Einkommensschwache Menschen sollen kostenlos die Volkshochschule besuchen können
Abschiebep Praxis ist inhuman: Keine Abschiebung der Familie Sogamarian
Keine Kürzungen im Haushalt bei der Sportförderung
Keine Kürzungen im Haushalt bei den Kosten für Unterkunft und Heizung
NSU-Morde: Zivilgesellschaft stärken
Zuschüsse für den Jugendsport nicht kürzen
Antrag gegen die Kürzung von 3,5 Millionen Euro bei den Kosten für Unterkunft und Heizung
Den Sozialindex des Wetteraukreises veröffentlichen
Konzept der Mietobergrenzen veröffentlichen

Die Anfragen, Anträge und vorbereiteten Reden, die im Kreistag von der Fraktion DIE LINKE. gehalten wurden, finden Sie auf der Homepage www.die-linke-wetterau.de

Aktuelle Post aus dem Kreistag

Nach jeder Kreistagssitzung erscheint ein Bericht unserer Arbeit. Viele interessierte Menschen erhalten die „Aktuelle Post aus dem Kreistag“ als e-mail. Man kann sie bestellen. Sie können sie aber auch auf der Homepage online lesen.



Die Zeitung der Kreistagsfraktion

Über die politischen Schwerpunkte berichtet die Zeitung der Kreistagsfraktion zweimal im Jahr. 30 000 Exemplare werden gedruckt und in die Briefkästen verteilt. Ein Viertel der Wetterauer Haushalte erhält die Zeitung. Auch ist sie online auf der Homepage zu lesen, falls sie nicht in Ihrem Briefkasten gelandet ist.



*Fotos: Zeitungsverteiler*innen in Karben und Büdingen*

Arbeitsschwerpunkte

Sozialpolitik

Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft nimmt zu. Während bei den oberen zehn Prozent der Bevölkerung die Vermögen explodieren, steht die Mehrheit der Menschen immer weniger Geld zur Verfügung.

Inzwischen gelten zwischen 20 und 25 Prozent der Bevölkerung als arm oder sind von Armut bedroht. Einen großen Anteil an der Verarmung haben die Hartz-Gesetze. Sie ermöglichen prekäre Beschäftigungsverhältnisse, wie Leiharbeit, Minijobs, befristete Arbeit, Werkverträge usw. Trotz des Mindestlohns von 8,50 Euro reicht der Verdienst oft nicht zum Leben. Diese Menschen müssen beim Jobcenter aufstocken, um über die Runden zu kommen. Auch Alleinerziehende und ihre Kinder sind von Armut betroffen. 4240 Wetterauer Kinder waren im Jahr 2014 Hartz IV-leistungsberechtigt. Wer von Hartz IV oder Sozialhilfe leben muss, dem fehlt es oft am Nötigsten. Im Wetteraukreis sind etwa 7500 Bedarfsgemeinschaften beim Jobcenter registriert. Etwa 24 000 Menschen erhalten Hartz IV-Leistungen. Die niedrigen Löhne und instabilen Beschäftigungsverhältnisse haben Altersarmut zur Folge, weil nicht ausreichend in die Rentenkasse eingezahlt werden kann. So kommen Niedrigverdiener*innen auch im Rentenalter nicht aus der Armutsfalle, sondern müssen beim Sozialamt Hilfe beantragen. In der Wetterau leben weniger arme Menschen als im Bundesdurchschnitt. Doch mit fast zehn Prozent armen Bewohnerinnen und Bewohnern (und vielen, die von Armut bedroht sind) ist das Problem nicht mehr unter den Tisch zu kehren. Im Kreistag spielt „Armut“ nur deshalb eine Rolle, weil die Fraktion DIE LINKE das Thema einbringt. Leider stößt das bei den anderen Parteien auf wenig Interesse - manchmal sogar auf offene Ablehnung.



Foto: Vor dem Gespräch mit dem Leiter des Jobcenters

2012 interviewte DIE LINKE Kreistagsfraktion Menschen, die von Hartz IV betroffen sind. Die Berichte deckten gravierende Mängel in der Arbeit des Wetterauer Jobcenters auf: Leistungsberechtigte werden an der Pforte abgewiesen, Unterlagen gehen „verloren“, Leistungsansprüche werden versagt oder „vergessen“, eine Beratung der Betroffenen findet kaum statt, es herrscht ein Klima des Misstrauens und nicht selten ein rüder Ton uvm. 2012 besuchten Hartz IV-Betroffene mit der Fraktion DIE LINKE den Leiter des Jobcenters, Herrn Wiedemann. Im Gespräch

wurden die Ergebnisse der Interviews erörtert. Wir starteten eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Bis dahin hatte sich beim Wetteraukreis niemand für die Probleme beim Jobcenter interessiert. Dabei sind die Bundesagentur für Arbeit und der Wetteraukreis je zur Hälfte Träger des Jobcenters. Durch die Öffentlichkeitsarbeit war inzwischen Druck entstanden und es wurde beschlossen, dass die Leitung des Jobcenters dem Ausschuss für „Jugend, Gesundheit und Soziales“ zukünftig zweimal im Jahr über die Vorhaben und Probleme im Jobcenter berichten und sich den Fragen der Abgeordneten stellen muss. Leider stellten die anderen Parteien bisher kaum Fragen. Meist wird das Jobcenter in den höchsten Tönen gelobt. Kritische Fragen stellt nur DIE LINKE.

Seither hat die Fraktion DIE LINKE zahlreiche Anträge und Anfragen zum Jobcenter gestellt. Die Bandbreite: Sozialetat im Haushalt, Bildungs- und Teilhabepaket, Sanktionspraxis, für einen Sozialtarif bei Strom und gegen Stromabstellungen, Mietminderungsverfahren, Mietobergrenzen, Mietbescheinigungen, Kosten der Unterkunft und Heizung, Weihnachtsbeihilfe, Datenschutz und Sozialindex.

2013 half die Fraktion DIE LINKE bei der Gründung des Vereins: „Linke Hartz4-Hilfe Wetterau“. Der Verein gibt Rat und Hilfe, wenn es um Problem mit dem Jobcenter oder Sozialamt geht. Betroffene finden ein offenes Ohr, man hilft bei Formularen und Anträgen und begleitet auch zu den Terminen bei den Ämtern. Der Verein wird von der Fraktion unterstützt, indem er seine Sprechstunden im Roten Laden in der Friedberger Usagasse 23 abhalten kann. Die Fraktion stellt die Räume kostenlos zur Verfügung und unterstützt Aktionen und Veranstaltungen.

2015 half die Fraktion dem Verein bei der Durchführung des Forums zur Armutswirtschaft: „Mildtätigkeit – Armutszeugnis für ein reiches Land“. Außerdem halfen wir bei der Herausgabe eines „Sozialkompass für die Wetterau“.



Foto: Aktionstag vor dem Jobcenter Wetterau 2012

Wohnen

Einen wichtigen Bereich der Sozialpolitik sehen wir in der Wohnungsfrage. Dieses Thema beschäftigte die Fraktion während der gesamten Wahlperiode.

Im Wetteraukreis fehlt es an bezahlbaren Mietwohnungen. Das PESTEL-Institut stellte in einer Studie fest (Hannover 2012), dass im Jahr 2017 in der Wetterau bereits 2780 Wohnungen fehlen werden.

Besonders Sozialwohnungen müssen gebaut werden. Sonst wird Wohnen in den nächsten Jahren für viele Menschen unbezahlbar. Allein bei der Friedberger Wohnungsbaugesellschaft stehen mehr als 350 Wohnungssuchende auf der Warteliste. Natürlich wird auch in der Wetterau gebaut, doch überwiegend entstehen Luxuswohnungen oder Wohnungen im oberen Preissegment.

DIE LINKE erreichte, dass der Wetteraukreis eine Erhebung durchführte, wie viele Sozialwohnungen in den Städten und Gemeinden vorhanden sind. Auch wurde nach Bauvorhaben gefragt. Das Ergebnis: Es gab bis zum Jahr 2013 noch 1971 Sozialwohnungen im Westkreis und 265 im Ostkreis. Der Bedarf ist überall sehr viel höher. Nur eine einzige Sozialwohnung war zu dieser Zeit frei und beziehbar: in Hirzenhain. In den letzten zehn Jahren wurden im Westkreis 59 Sozialwohnungen neu gebaut. Im gleichen Zeitraum hat sich der Sozialwohnungsbestand im Westkreis um 800 reduziert. Geplanter Neubau in der nächsten Zeit: 23 Wohnungen im Westkreis, keine im Ostkreis. Das kann so nicht weitergehen. Kommunalpolitiker*innen können nicht so tun, als ginge sie das Wohnungsproblem nichts an. DIE LINKE fordert, dass in jedem Bebauungsplan 30 Prozent Sozialwohnungen verbindlich vorgesehen werden.

Im Oktober 2015 nahm der Kreistag einen Antrag der Linken teilweise an: wir haben den Aufbau einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft gefordert. Als Anschubfinanzierung soll ein Investitionszuschuss des Landes Hessen von 8 Millionen Euro verwendet werden. Der Kreisausschuss prüft diese Möglichkeit bis Frühjahr 2016.

Der Wetteraukreis hat ein „Schlüssiges Konzept der Mietobergrenzen“ erstellt. Diese Mietobergrenzen wurden für 2014 und 2016 teilweise niedriger festgesetzt, als im Jahr 2005. Im Ostkreis wurden die Obergrenzen für Familien mit Kindern deutlich abgesenkt. Für Menschen mit geringem Einkommen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, ist das sehr belastend. Sie müssen nämlich zu diesen Mietobergrenzen eine Wohnung finden. Übersteigt die Miete die Obergrenze, muss die



Foto: Plakat der Linken Wetterau

Differenz aus der Grundsicherung aufgebracht werden und es werden zudem keine Umzugshilfen oder Kautionsdarlehen gewährt.

Mit diesen Mietobergrenzen spart der Wetteraukreis viel Geld ein. DIE LINKE Kreistagsfraktion hat diese Ungereimtheiten öffentlich gemacht und fordert ein wirklich „Schlüssiges Konzept“, bzw. einen qualifizierten Mietspiegel, der sich an den realen Preisen auf dem Wohnungsmarkt orientiert. Ein weiteres Problem entsteht, wenn das Jobcenter zusätzlich zum Mietvertrag eine Mietbescheinigung verlangt. Das verstößt eindeutig gegen den Datenschutz und ist nicht gesetzeskonform. Der Vermieter ist nicht gezwungen, eine solche Bescheinigung auszustellen. Der Mieter ist nicht gezwungen, dem Vermieter seine Einkommensquellen offen zu legen. Dazu gibt es bereits Urteile des Bundessozialgerichts. Nach einem Antrag der Linken, diese Praxis sofort abzuschaffen, werden diese Bescheinigungen nicht mehr offiziell verlangt, sondern nur „auf freiwilliger Basis“. Doch immer wieder berichten Betroffene, dass ihr Antrag ohne Mietbescheinigung nicht bearbeitet wurde. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis das Jobcenter den Datenschutz einhält. Die anderen Parteien im Kreistag glauben dem Leiter des Jobcenters die Geschichte, in der sich alle Hilfesuchenden „freiwillig“ bereit erklären, eine Mietbescheinigung einzuholen.



Foto: Aktion in Friedberg. Im Landtagswahlkampf lud der Spitzenkandidat der SPD, Thorsten Schäfer-Gümbel zur Rundfahrt auf dem Kasernengelände ein. Er versuchte der Öffentlichkeit weiszumachen, die SPD arbeite gegen die Wohnungsnot. Auf dem Kasernengelände werden von Privatfirmen überwiegend hochpreisige Wohnungen realisiert. Lediglich 18 Sozialwohnungen wird der Verein „Eigener Herd ist Goldes wert“ dort bauen. Doch vor einigen Jahren verkaufte die Städtische Wohnungsbaugesellschaft 300 Wohnungen an eine Immobiliengesellschaft.

Haushaltssanierung zu Lasten des Sozialietats

Ende 2011 hatte der Wetteraukreis rund 480 Millionen Euro Schulden. Seit 2012 steht er unter dem Schuttschirm des Landes Hessen. Das heißt: 116 Millionen Euro dieser Schulden übernahm das Land, dafür wird nun gespart und gekürzt, dass es kracht. Eine Consultingfirma durchforstete den Haushalt auf Einsparpotentiale. Dafür bekam sie 100 000 Euro Honorar.

Gespart wurde dann vor allem beim Sozialietat und dort bei der Prävention. Beispiele sind:

- die Kürzung der Entgelte bei den Bereitschaftspflegeeltern (Noteltern), die Kinder in Not aufnehmen,
- die Kündigung der psychosozialen Beratungsstellen der Diakonie,
- die Kündigung der Schuldnerberatung von Diakonie und Caritas,
- die Kündigung der Erziehungs- und Eheberatung der Diakonie,
- die Einsparungen von Unterkunftskosten durch unrealistische Mietobergrenzen,
- die Einsparungen durch unrealistische Obergrenzen bei den Heizkosten der Sozialleistungsberechtigten,
- die Einsparungen bei der Schülerbeförderung und die Schließung von Nachmittagsbetreuungen und Hausaufgabenhilfen

2014 wurden im Sozialhaushalt sechs Millionen Euro eingespart – zu Lasten des ohnehin ärmsten Teils der Wetterauer Bevölkerung.

In zahlreichen Anfragen und Anträgen machte DIE LINKE Kreistagsfraktion die unsozialen Einsparungen deutlich. Das ist nötig, denn die einzelnen Kürzungen sind im Haushalt nicht leicht zu identifizieren. Kürzungen, wie beim Entgelt der Noteltern, wären ohne DIE LINKE sang- und klanglos über die Bühne gegangen. Unsere Anträge – wenn sie auch abgelehnt wurden – sind der Stachel im Fleisch der Sparer und Kürzer. Und wenigstens ab und zu müssen wir den anderen Parteien sagen: es ist ihre Politik, die den Reichen Steuern schenkt und den Sozialstaat ausblutet.

Inklusion

Deutschland hat die UN-Behindertenrechtskonvention unterschrieben. Das heißt, dass die Ziele der Konvention in allen gesellschaftlichen Bereichen umgesetzt werden müssen. Dies erfordert die Inklusion der Menschen mit Behinderung. Dies gilt selbstverständlich auch für den Wetteraukreis. DIE Linke beantragte zu Beginn der Wahlperiode, dass die Kreisverwaltung ihren Schriftverkehr auf „Leichte Sprache“ umstellt. Dies ist nicht nur für Menschen mit Behinderung nützlich, sondern hilft auch allen anderen, Amtsschreiben und Informationen besser zu verstehen. Dieser Antrag wurde angenommen, bisher aber nur unzureichend umgesetzt.

Der Wetteraukreis gilt seit 2013 als „Modellregion inklusive Bildung“. Wir stehen diesem Konstrukt sehr skeptisch gegenüber.

Erstens beschränkt sich das Engagement des Kreises auf schulische Bildung. Bereits für die Ausbildung gibt es keine Programme oder Konzepte. Geschweige denn zur Integration in die Arbeitswelt.

Zweitens entspricht die Zahl der Förderstunden der Beratungs- und Förderzentren nicht der Stundenzahl, mit der vordem in den Förderschulen unterstützt wurde. Das Konzept zielt

vornehmlich auf Schüler*innen mit Lernproblemen. Verhaltensprobleme müssen sozusagen „nebenbei“ mit bearbeitet werden, denn die Betreuung durch Schulsozialarbeit hat sich verschlechtert.

Drittens wird hier mit viel begrifflichem Getöse das Wort „Inklusion“ bemüht, während Förderangebote gekürzt, Schulsozialarbeit gestrichen, therapeutische Hilfen eingeschränkt werden. Die hessische Landesregierung sieht Inklusion eher als Sparmodell – und der Wetteraukreis macht dabei freudig als Modellregion mit.

Wer sich dafür weitergehend interessiert, dem sei die kleine Broschüre der Linken Kreistagsfraktion empfohlen: „10 Punkte für Inklusion im Wetteraukreis“.

Foto: Arnold Schnittger, Vater eines behinderten Sohnes, wurde von der Linken in Friedberg begrüßt. Er lief durch ganz Deutschland, um gegen die Bedingungen pflegender Angehöriger zu protestieren.



Schülertransport

Für mehr als 800 Schüler*innen wird der Transport mit dem Schulbus nicht mehr bezahlt. Die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mbH (VGO) erklärte 2014 viele Schulwege unter 2 Kilometern bzw. 3 Kilometern zu sicheren Wegen. Die VGO und die Kreisspitze beziehen sich auf das Hessische Schulgesetz, nach dem Grundschulern zuzumuten ist, zwei Kilometer zu laufen. Ältere Schüler*innen sollen drei Kilometer laufen. Bedingung: der Schulweg muss sicher sein. Mit dieser Entscheidung kann der Wetteraukreis erhebliche Summen einsparen.

Proteste der Eltern brachten das Thema in den Kreistag. DIE LINKE beantragte eine Rücknahme der Bescheide durch die VGO. Nun begann eine beispiellose Schmierenskomödie. Die anderen Parteien schoben sich die Verantwortung gegenseitig zu. Niemand wollte verantwortlich sein. Niemand wusste Bescheid. Niemand hatte die Dienstaufsicht.

Erst eine „Kleine Anfrage“ der linken Landtagsfraktion klärte unmissverständlich: die Fach- und Dienstaufsicht liegt beim Wetteraukreis. Hier - vor Ort - müssen auch die Sicherheitskriterien für Schulwege erarbeitet werden.

DIE LINKE Kreistagsfraktion beantragte die Kündigung des Vertrags mit der VGO und eine Neufassung, nachdem Sicherheitskriterien aufgestellt worden sind. Außerdem beantragten wir einen Akteneinsichtsausschuss zur Klärung der Fragen: Wer hat wann was entschieden und mit der VGO

abgesprochen. Die Akteneinsicht erbrachte, dass der Kreisausschuss des Wetteraukreises von Anfang an über alle Schritte der VGO informiert war. Ja, er hatte die Neubewertung der Schulwegesicherheit in Auftrag gegeben. Ein Schelm, wer dabei an Einsparpotentiale denkt. Der Vertrag mit der VGO wurde inzwischen neu gestaltet. Doch noch immer gibt es keine Kriterien für die Schulwegesicherheit.

Zu diesem Spektakel gehört, dass die CDU unsere Anträge kaperte. Mit kleinen Abwandlungen stellten sie unsere Anträge ein paar Wochen später als Änderungsanträge erneut. So wurde in den Zeitungen nicht über DIE LINKE, sondern über die CDU berichtet, die sich für den Schülertransport einsetzt.

Kinderschutz

DIE LINKE Kreistagsfraktion brachte die Kürzung der Entgelte für Bereitschaftspflegeeltern (Noteltern) auf die Tagesordnung des Kreistags und in die Öffentlichkeit. Noteltern geben Kindern ein Zuhause, die vom Jugendamt in Obhut genommen werden müssen. Zum Beispiel, weil sie Gewalt ausgesetzt sind oder Verwahrlosung festgestellt wurde. Die Kinder brauchen oft schnelle Hilfe und schnell eine neue Unterkunft. Noteltern müssen ein Zimmer, ein Auto, ein Handy vorhalten, auch wenn gerade kein Kind bei ihnen wohnt. Sie müssen für die Kinder Tag und Nacht da sein. Eine solche Arbeit gehört gut bezahlt.

Der Wetteraukreis hat die Entgelte 2014 erheblich gekürzt und die Organisation der Bereitschaftspflege einer billigeren privaten Einrichtung übergeben.

Zwar konnten wir durch unsere Anträge die Kürzungen weder verhindern, noch rückgängig machen - doch gelang es der Kreisspitze auch nicht, diese Sozialkürzung stillschweigend als Verwaltungsakt durchzuziehen. In der Öffentlichkeit wurde wahrgenommen, dass hier an einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe der Rotstift angesetzt wird.

Unsere Anträge wurden wieder einmal von der CDU gekapert und als Änderungsanträge in den Kreistag eingebracht. Eigene sozialpolitische Ideen haben sie nicht.

Gesundheit

Dieser Abschnitt liest sich vielleicht ein bisschen trocken – aber für die Gesundheitsversorgung der breiten Bevölkerung ist der Beschluss des Kreistags vom 20. Mai 2015 von enormer Bedeutung. Da beschloss der Kreistag einen Zusammenschluss des Gesundheitszentrums Wetterau mit den Lahn-Dill-Kliniken. Alle Parteien stimmten für diese Fusion zu einem „Gesundheitszentrum Mittelhessen“ (GZM) - nur DIE LINKE Kreistagsfraktion stimmte dagegen.

In den ausgehandelten Fusionsverträgen ist nicht gesichert, dass die Kliniken in Öffentlicher Hand verbleiben sollen. Im Gegenteil: das neue Gesundheitszentrum soll explizit wie ein privatwirtschaftlicher Konzern arbeiten. Über eine Privatisierung oder über Änderungen der Geschäftsfelder entscheidet ausschließlich der Vorstand des neuen Gesundheitszentrums Mittelhessen. Der Aufsichtsrat wurde so klein gehalten, dass eine kritische Einflussnahme nicht zu erwarten ist. Der Kreistag hat nach seiner grundsätzlichen Zustimmung für das Gesundheitszentrum Mittelhessen keinerlei Möglichkeit mehr zu einer demokratischen Kontrolle. Auf diese Weise ist

langfristig eine breite Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger keinesfalls gesichert. Besonders nicht in Bereichen, die geringen Profit abwerfen aber hohe Kosten verursachen.

Privatkliniken haben das schon vorgemacht: so schloss das Capiro Mathilden Hospital in Büdingen seine Geburtsstation wegen Unwirtschaftlichkeit. Für eine Geburt müssen Frauen nun weite Wege antreten und man kann nur hoffen, dass in einem Notfall alles schnell genug geht.

DIE LINKE Kreistagsfraktion hat versucht, mit ihren Anträgen wenigstens das Bekenntnis zu einer Öffentlichen Gesundheitsversorgung im Vertrag unterzubringen. Vergeblich. Wir konnten lediglich einige unserer Kritikpunkte in die Öffentlichkeit bringen. Im Lahn-Dill-Kreis zeigen sich die Politiker kritischer. Dort stimmte das Parlament für eine erneute Überprüfung des Vertrags, was wiederum den Wetterauer Chefverhandlern überhaupt nicht passte. Sie drohten bereits, dann lieber mit den Hochtaunus-Kliniken zu fusionieren.

Unsere Kritikpunkte im Einzelnen:

1. Mit der Entscheidung des Kreistags am 20. Mai 2015 gab das Parlament eine Blankovollmacht für das GZM. Danach entscheidet allein das GZM über die weitere Entwicklung der Gesundheitsversorgung in der Region – ohne irgendeine Form demokratischer Kontrolle. Der Aufsichtsrat wird sehr klein gehalten, um kritische Stimmen weitgehend außen vor zu halten.
2. Im Fusionsvertrag steht, dass der Status der Gemeinnützigkeit beendet werden kann. Und zwar allein durch das GZM, das als GmbH und nicht wie die das Gesundheitszentrum Wetterau als gGmbH gegründet werden soll. Diese Veränderung – also weg von der Gemeinnützigkeit – wird nach der Abstimmung des Kreistags am 20. Mai 2015 keiner Beschlussfassung mehr unterliegen. Der erste Schritt zur Privatisierung ist getan. Dass hier starke Kräfte wirken, die die Privatisierung begünstigen, wird auch durch die personelle Besetzung deutlich: Als ärztlicher Leiter ist Professor Dr. Dr. Friedrich Grimminger vorgesehen. Er ist der aktuelle Direktor des Gesundheitszentrums Wetterau. Herr Grimminger ist aber auch stark mit privaten Gesundheitskonzernen verbunden. Er ist Chefarzt der Inneren Medizin in Lich. Diese Klinik gehört Asklepios. Er ist Direktor der Kliniken IV und V des Uniklinikums Gießen/Marburg. Das Klinikum gehört der Rhön-Klinikum AG, einem börsennotierten privaten Unternehmen. Bestehen hier denn keine Interessenskonflikte?
3. Der geplante Aufsichtsrat des GZM wird laut Vertrag „freiwillig“ eingeführt. Auch die Zuziehung der Arbeitnehmervertretungen wird als nicht zwingend genannt. Was verhindert, dass sowohl der Aufsichtsrat als auch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer/innen zukünftig im GZM ausgehebelt werden? Zum Beispiel im Konfliktfall?
4. Im Vertrag sind „Schiedsgerichte“ vorgesehen, um Konflikte zu entscheiden. Diese Schiedsgerichte sollen mit drei Personen besetzt sein. Es steht da nicht, wer das sein soll und auf welcher Grundlage das Schiedsgericht überhaupt arbeitet. Wie verläuft so ein Verfahren? Gibt es die Möglichkeit gegen Entscheidungen Widerspruch einzulegen? Wir fragen uns: Warum sollen Konflikte nicht innerhalb des staatlichen Rechtssystems gelöst werden? Auch dort gibt es die Möglichkeit vorgeschalteter Schlichtungs- und Güteverfahren, ehe es zu einem Gerichtsverfahren kommt.

Zu unseren Einwänden bekamen wir keine bzw. keine befriedigende Antwort. Wie berechtigt hier Befürchtungen sind, zeigte die Debatte im Ausschuss: Dort wurde jeder Änderungsvorschlag abgewehrt mit dem Argument, der Vertrag sei nun ausverhandelt und man könne ihn nicht mehr verändern. Der Bürgermeister von Bad Nauheim, Herr Häuser, bedauerte dort sogar, dass man zu einer öffentlichen Sitzung eingeladen hatte und so kritische Einwände bekannt werden.

SPD, FDP, CDU, Freie Wähler stimmten dem „Gesundheitszentrum Mittelhessen“ einstimmig zu. Lediglich die Grünen versuchten, den Aufsichtsrat zu vergrößern und noch ein bisschen mehr demokratische Kontrolle zu erreichen.



Foto:
Gabi Faulhaber
begrüßt den
Partei-
vorsitzenden Bernd
Riexinger im
Roten Laden
in der
Friedberger
Usagasse.
Bei seiner
Sommertour
2013
unterstützte
Riexinger eine
Aktion für
bezahlbaren
Wohnraum.

Umwelt

2012 beteiligte sich die OVAG Energie AG mit 21,5 Millionen Euro an einem Gas- und Dampfturbinenkraftwerk in Bremen. In der Verbandsversammlung des ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) wurde das im Mai 2012 von einer ganz großen Koalition aus CDU, SPD, FWG, FDP und der Mehrheit der Grünen-Fraktion beschlossen.

In die Stromproduktion einzusteigen, halten auch wir für richtig. Sich jedoch an überregionalen Großprojekten zu beteiligen, diesen Weg halten wir für grundsätzlich falsch. DIE LINKE stellte dazu einen Antrag, der nicht auf die Tagesordnung des Kreistags genommen wurde. Angeblich hätte er keinen Bezug zur Kreispolitik. Die Aufnahme auf die Tagesordnung wurde erst durch eine Entscheidung des Gießener Verwaltungsgerichts erzwungen.

Der Gegenvorschlag der Linken, ein Blockheizkraftwerk oder ein kleineres Gas- und Dampfkraftwerk in der Region zu errichten, fand keine Mehrheit obwohl im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP festgeschrieben wurde, dass „regionale Investitionen eindeutig Vorrang haben sollen“. Eine Investition von 21,5 Millionen in der Region hätte der heimischen Wirtschaft sicherlich gut getan, Arbeitsplätze gesichert und eventuell auch neue Arbeitsplätze - möglicherweise auch dauerhafte - geschaffen.

Fraglich bleibt, ob sich diese Investition für die OVAG Energie AG rechnen wird.

Im März 2013 war in der FAZ zu lesen, dass sich die hessischen Versorger HSE (Darmstadt mit 40 Millionen und die Mainova Frankfurt mit 60 Millionen) an dem Gas- und Dampfkraftwerk Irsching 5 östlich von Ingolstadt in Bayern beteiligt haben. Dieses Kraftwerk ging 2010 in Betrieb,

und obwohl eines der modernsten seiner Art weltweit, steht diese Anlage praktisch still und schreibt rote Zahlen. Zitat der FAZ „Irsching 5 scheint für beide Unternehmen zum Millionengrab zu werden“. Dies könnte auch bei der Investition der OVAG Energie AG passieren. Vor diesem Hintergrund hält DIE LINKE regionale Lösungen ökologisch und ökonomisch für sinnvoller.

Die Sicherung des Wasserreservoirs Vogelsberg/Wetterau wird in Zukunft eine immer wichtigere Rolle spielen. Die Versorgung des Ballungsraums Rhein-Main und den Naturschutz auszubalancieren, wird große Anstrengungen erfordern. Doch der Wetteraukreis will sich beim Wasserschutz offensichtlich aus der Verantwortung stehlen.

Eigentlich hatte alles ganz harmlos begonnen: Bei den Haushaltseinsparungen war uns ein Betrag von 130 Euro aufgefallen, der wegfallen sollte: der Mitgliedsbeitrag

für die „Schutzgemeinschaft Vogelsberg“ Wir sahen hier weder ein wirkliches Einsparpotential noch konnten wir akzeptieren, dass die Schutzgemeinschaft nicht weiter unterstützt wird. Doch unser Antrag von 2013, weiter Mitglied zu bleiben, stieß auf ungewöhnlich heftige Gegenwehr.

Und langsam kristallisierte sich dieser politische Hintergrund heraus: Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg wurde gegründet, um die ungehemmte Wasserentnahme im Vogelsberg zu verhindern. Viele Organisationen und die umgebenden Landkreise wurden Mitglied, um die Umwelt zu schützen. Die Schutzgemeinschaft erwirkte das Recht, die Pegelstände regelmäßig zu messen.

Das ist genau der Knackpunkt. Der Wetteraukreis will eine andere Wasserpolitik. Erst wurde versucht, den Antrag immer weiter im Ausschuss „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“ schmoren zu lassen. Als der linke Abgeordnete Rudi Kreich aber nicht locker ließ, stellte sich heraus, dass man den Antrag „zur Prüfung an den ZOV (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) weitergegeben hatte. Warum? Das ist kein demokratische gewähltes Gremium, sondern eine Wirtschaftseinheit. Wieso bekommen sie unseren Antrag?

Im ZOV ist die OVAG Mitglied. Und die OVAG fördert Wasser. Im Vogelsberg.

Bis heute wurde der Antrag nicht entschieden. Er wird seit zweieinhalb Jahren verzögert, denn die Koalition kann in diesem Fall die Grünen nicht überzeugen. Ohne DIE LINKE wäre die zweifelhafte Rolle des Wetteraukreises in der Wasserpolitik kaum öffentlich geworden. Wir glauben, dieser Antrag soll so lange im Ausschuss schmoren, bis die Kommunalwahl 2016 vorbei ist. Voraussichtlich wird dann mit einer großen Koalition versucht werden, eine andere Wasserpolitik durchzudrücken.



Foto: Rudi Kreich ist ein Mann der Tat.

Vor Ort

DIE LINKE sitzt nicht nur im Parlament. Die linke Fraktion ist auch außerparlamentarisch aktiv. Das entspricht unserem Politikverständnis: Politik muss der Mehrheit der Menschen dienen. Den Menschen, die nicht „mit einem goldenen Löffel auf die Welt kommen“ - wie der Volksmund sagt.

Wenn es unsere Kräfte erlauben, beteiligen wird uns an Aktionen und Protesten, unterstützen Initiativen, stehen zweimal in der Woche in unserer öffentlichen Sprechstunde für Gespräche zur Verfügung (montags 14 bis 16 Uhr, donnerstags 16 bis 18 Uhr im Roten Laden, Usagasse 23, Friedberg) und bemühen uns um eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Leider werden unsere Pressemitteilungen nicht immer abgedruckt.

Sie finden uns im Internet: www.die-linke-wetterau.de und bei facebook: DIE LINKE Wetterau.

Wenn politische Themen anliegen, informieren wir uns möglichst vor Ort.

Wir besuchten den Frauennotruf, das Jobcenter, die Diakonie wegen der Kündigung der Schuldnerberatung, die Kreisverwaltung wegen der Mietobergrenzen und der Bezahlung in der Kinderpflege, das Haus Petra als den neuen Organisator der Noteltern, den Arbeitskreis Flüchtlinge, die streikenden Conti-Arbeiter*innen in Karben und die streikenden Erzieher*innen.

Auf Landesebene arbeiten wir in verschiedenen Arbeitskreisen der Linken mit: im Arbeitskreis „Wohnen und Strukturpolitik in Hessen“, der Landesarbeitsgemeinschaft Bildung, in der Vernetzungsgruppe der Sozialsprechstunden in Hessen.



Impressum

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau
Usagasse 23, 61169 Friedberg
August 2015

Gabi Faulhaber
e-mail: gabi.faulhaber@untiybox.de
Rudi Kreich
e-mail: kreich@assenheim.de

Bankverbindung:
Sparkasse Oberhessen
BIC: HELADEF1FRI
IBAN: DE74 5185 0079 0027 0040 24